

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

114 (22.5.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegen genommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensinn“.</p>	<p>Angaben: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen 60 Pfg., Restanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabat. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten dienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Bahler in Karlsruhe.</p>	

Wochenrundschaue.

Die Sechszehnjährige Reichsfinanzreform wird immer länger; wann das Ende kommt, weiß niemand. Der Reichstag ist bis nach Pfingsten vertagt, die Kommission der Reichsfinanzen hat weiter gearbeitet. Die Frage, ob der Block die Reform machen wird, ob nicht, wird in der Presse nach dem Motto „er liebt mich, er liebt mich nicht“, abgehandelt. Und der große Wassermann hat herausgefunden, daß die Konventionen und das Zentrum die Reichsfinanzreform zu einer politischen Maßnahme machen, was allerdings nicht beabsichtigt war, die Reichsfinanzreform ist nicht beabsichtigt als eine Maßnahme des Liberalismus und ist stets auch von den Liberalen als solche behandelt wurde.

In dieser Woche haben auch die Kaiserreisen ihren einseitigen Abschluss gefunden, wenigstens insoweit, als der Kaiser wieder in Deutschland ist. Sein Zusammenreffen mit dem König von Italien und dem Kaiser von Oesterreich war diesmal die Bestätigung der geklärten auswärtigen Lage, wobei Deutschland und Oesterreich sich ruhig sagen dürfen: aus unserer Kraft! Das geistliche auswärtige deutsch-landfeindliche Mächtig, besonders russische, gerade dadurch daß sie auf Deutschland schimpfen. Man liebt was man hat, und begehrt was man nicht hat. Im Schimpfen der russischen Presse liegt das Bedenken nach dem, was Rußland nicht hat, während in deutschen Schimpfen die Liebe zu dem liegt, was es erworben hat in schwierigerem diplomatischem Ringen.

Diese Woche stand auch Baden unter dem Zeichen der Besuche. Mehrfach besprochen wird die Rede des Prinzen Ludwig von Bayern beim Festmahl im Karlsruher Schloß. Prinz Ludwig liebt seine eigenen Wege zu gehen und vertritt das rein konventionelle. Und so hat er bezüglich der Reichsfinanzreform ganz bestimmte Meinungen kundgegeben. Die direkten Steuern solle man den Bundesstaaten überlassen und zwar dem Staat wie der Gemeinde; das Reich müsse sich an die indirekte Steuerart halten. Das war nach der linken Seite hin gesprochen und trifft auch den Nationalliberalismus. Er meinte aber auch, die Erbschaftsteuer sei die einzige direkte Steuer, die für das Reich in Betracht komme. Man verfährt nicht gegen den Sinn dessen, was Prinz Ludwig gesagt hat, wenn man annimmt, daß er damit nicht ein absolutes Bestehen auf der Erbschaftsteuer im Auge hatte, sondern auf hier nichts dagegen hat, wenn ein anderer Weg als der der direkten Steuer gefunden wird; solange allerdings das nicht der Fall ist, bleibt nach seiner Meinung die Erbschaftsteuer. Das Wichtigste scheint uns aber zu sein, daß hier ebenso mit dem Besuch des Königs von Sachsen und Württemberg wie mit dem des Prinzen Ludwig eine kräftige Initiative ergriffen wurde, um die deutschen Mittelstaaten und insbeson-

Abgenötigte Erklärung.

Zürhagen, 20. Mai 1909.

Das „Seideler Tagblatt“ schreibt in Nr. 114 in einer Polemik gegen den „Wälzer Vote“: „Was die Kandidatur Rohrburts angeht, meint der „Wälzer Vote“, es beruhe peinlich, wenn Rohrburt erklärte, er nehme die Kandidatur nur nochmals an mit Rücksicht auf die missliche politische Lage. Nun, wir glauben, wenn ein Politiker aus politischen Gründen ein Mandat nochmals annimmt, so ist das doch zum mindesten genau so hoch anzuschlagen, wie wenn ein Politiker aus politischen Gründen ein Mandat nicht annimmt; wobei wir, ohne damit natürlich irgendwas die Person heranziehen zu wollen, an den Führer des badischen Zentrums, Herrn Weill, Rat Wader, denken. Vermutlich bringt letzterer durch den Bericht auf parlamentarische Ehren auch ein Opfer; ist dieses Verdachts-Opfer aber vielleicht höher zu werten, als jenes, das Rohrburt bringt, mit der abermaligen Uebernahme der Mandats des parlamentarischen Lebens? Gewiß nicht; namentlich dann nicht, wenn es sich bei Rohrburt, wie der „Vote“ meint, um die Verbesserung einer „misslichen“ politischen Lage handelte. Daß Rohrburt den Mandatsparaten ein ungewohnter Kandidat ist, weiß man ja; man kann gegen ihn aber nichts sagen, als daß er liberal ist.“

Ich enthalte mich jeder Bemerkung über die Kandidatur Rohrburts und die Erklärung, die Herr Rohrburt bei Uebernahme derselben abgegeben haben soll. Dagegen kann ich nicht ignorieren, was bezüglich meiner Person in dieser Auslassung behauptet wird. Es ist eine absolute Unwahrheit, wenn jemand behauptet, daß ich „aus politischen Gründen ein Mandat nicht annehme“.

Wer diese Behauptung aufstellt, ist mit nichts zu entschuldigen. Seit 6 Jahren habe ich wiederholt Anlaß bekommen, öffentlich darzulegen, daß und warum ich die Post eines Mandates nicht mehr auf mich nehmen kann. Die Gründe, welche es mir unmöglich machen, sind so zwingend, daß jedermann deren Gewicht anerkennen muß. Sie sind auch keineswegs unbekannt. Nachdem ich in früheren Zeiten wiederholt eingehend den Sachverhalt festgestellt hatte, ist der neue Führer der Nationalliberalen gleich zu Beginn seiner öffentlichen Tätigkeit in dieser Eigenschaft mit der längst widerlegten Unwahrheit zu Markt gegangen. Neben anderen maßlosen Unwahrheiten hat er auch die aufgelegte, welche das „Seideler Tagblatt“ neu aufgelegt hat. Meinerseits ist ihm eine Entgegnung geworden worden, von der man glauben dürfte, sie wäre für ihn selbst und andere im nationalliberalen Lager genügend. Offenbar war es nicht genügend. Ich werde mich mit dem Gedanken abfinden müssen, daß die vom „Seideler Tagblatt“ aufgewärmte Behauptung unter die „Lügen, welche nicht sterben“, aufgenommen ist.

Trotz meiner wiederholten Versicherung, die wahrlich nicht anders als sehr ernst gemeint aufgenommen werden konnte, ein Mandat nicht mehr annehmen zu können, bin ich bis zur Stunde vor jeder

Kirchliche Nachrichten.

Kom, 15. Mai. Kardinal Oreglia, der einzige Kardinal aus der Zeit Pius IX., ist im letzten Konklavium nicht erschienen, seine fast völlige Erblindung hinderte ihn daran, die Defensionsfunktionen auszuüben. Da auch der Unterdekan, Kardinal Scarsino Cammelli, erkrankt war, trug sich der selbige Fall zu, daß der Vizekanonikar, Kardinal Vannutelli, der einen Erholungsurlaub in Trentino bei Mons. Montel zu bracht, seinen Urlaub aus Privat zurückgelassen zu sein; sein altes Weiden hat ihn aber wieder heimgeführt. Der Kardinal, eine fastliche Erscheinung, ist 76 Jahre alt; man schätzt ihn aber im Alter viel niedriger ein.

Freiburg. Das erzbischöfliche Anzeigebblatt Nr. 7 verordnet im Einverständnis mit dem Oberstudium, daß sämtliche Geistliche jedesmal das in einer Behörde aufgenommene Lehrpensum in das Wochenbuch des Klassenlehrers eintragen, daß die Geistlichen regelmäßig an den Sitzungen der Ortsschulbehörde teilnehmen und dafür sorgen, daß jede Klasse drei Religionsstunden hat, daß in ungenügenden Schulen eine Bibelstunde gehalten und daß für die Schülerbibliothek geeignete Bücher ausgewählt werden. — In Billingen hat der katholische Stiftungsrat das Otto Weidmannsche Institut, 39 Nr. für 76 000 Mark zum Bauplatz einer neuen Kirche angekauft.

Der Kaplan Domstein in von der St. Geistkapelle in Mannheim hat die Ernennung als Pfarrvikar der Gemeinde Ostersheim erhalten, deren neue Kirche am Sonntag Pfingsten vom Bischof geweiht werden ist. In die Stelle des Herrn Konzepts kommt Herr Kaplan Theodor Hoffmann, bisher in Aßern. Der Stellenwechsel sollte bereits am 17. d. M. erfolgen. Allein, weil das Pfarrhaus in Ostersheim noch nicht völlig fertiggestellt ist, harrten noch einige Wochen verziehen, bis der neuernannte Herr Kaplan seine Wirkstätte in Ostersheim aufnehmen kann. — Nach A. G. r. n. kommt Kaplan G. S., zurzeit in Friedewiller.

Kappelwiesend, 20. Mai. Von sehr geschätzter Seite erhielt der „Ader- und Wähler Vote“ folgende Zeilen: „Eine seltene Ehreung ist in diesen Tagen einem der angesehensten Einwohner unserer Gemeinde zuteil geworden. Der allberühmte Schloßherr zu Nittersbach, Reichsfreiherr Christian von Verdheim, wurde von Sr. Heiligkeit Papst Pius X. mit dem Konklavkreuz des St. Gregoriusordens mit Stern dekoriert. Freiherr von Verdheim gehört schon seit mehreren Jahren als Weihen-Kammerer dem päpstlichen Hofstaat an und hat sich in

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 1903 vertreten habe und befehlen konnte und sollte, hat im Laufe der Zeit eine ganze Reihe anderer mich um Uebernahme der Kandidatur und des Mandates gebeten. Ich habe abgelehnt, weil es mir unmöglich war. Gegen die Uebernahme einer solchen Kandidatur habe ich mich dagegen nie gewehrt. Zu diesem Zweck durften die Parteigenossen meinen Namen auch ohne vorherige Anfrage bei mir gebrauchen. Von Anfang an habe ich mich gegen die Uebernahme eines Mandates geäußert, auch in der Zeit, in welcher ich bei guter Gesundheit war und nicht in leitender Stellung mich befaß mit ihrer Verantwortlichkeit und ihrer vielen und sorgenvollen Arbeit. Sehr gegen eigene Neigung und Wünsche bin ich in das erste Mandat (für Freiburg-Staufen) hineingedrängt worden. Ich wollte es schon deswegen nicht, weil ich von Anfang an der Meinung war, daß die Kammer-Mandate nicht wie Prämien für geleistete Partei-Arbeit angesehen und behandelt werden dürfen, und nirgends den Verdacht erwecken sollte, als würde ich für mich selbst im Widerpruch mit dieser Meinung handeln. Im Jahre 1887 nahm ich eine obermalige Kandidatur in meinem bisherigen Wahlkreis nicht mehr an und lehnte auch die für einen anderen ab, weil ich während der traurigen Wirren von 1885/86 den festen Entschluß gefaßt hatte, mich nicht fernerhin in die politische Arbeit hineinzulassen. Als ich Ende 1888 nach langem Streben über die schweren persönlichen Bedenken hinweg mich endlich entschloß, die Hauptlast der Arbeit zur Neuorganisation der Partei zu übernehmen, lehnte ich von vornherein es ab, auch ein Mandat dazu zu nehmen, weil es in meinen Augen unmöglich war, Leistung der ständigen Agitations- und Organisationsarbeit und Ausübung eines Mandats neben einander zu besorgen, wenn derjenige, der es tunlich soll, mit umfangreicher beruflicher Arbeit belastet ist. Wäre diese Ablehnung nicht angenommen worden, so hätte ich auch das andere nicht übernommen. Im Wahlfahre 1889 kam ich damit durch. Im Jahre 1891 aber stand das Zentrum im Bezirke Ettlingen-Nastatt unmittelbar vor der Wahl vor der Tatsache, daß der inzwischen verstorbene Herr Dr. Gutmann, der als Kandidat aufgestellt und als solcher aufgetreten war, infolge seiner Ernählung zum Mitglied des Domkapitels nicht mehr in Betracht kommen konnte. Da ich selber vorher die Kandidatur angetragen bekommen, aber abgelehnt hatte, wußte

Wahl für Landtag oder Reichstag aus der Mitte der Wähler heraus wie auch von führenden Persönlichkeiten gedrängt worden, eine Kandidatur und damit ein Mandat wieder zu übernehmen. Wiederholt hatte ich Mühe, mich des Antrages zu erwehren. Hätte ich nachgegeben, so gehörte ich dem Reichstag und dem Landtage an. Nach für 1909 wäre ich Kandidat eines absolut sicheren Bezirkes. Neben den zwei Wahlbezirken, die ich von 1879 bis 1887 und von 1891 bis 190

man sich in der Verlegenheit nicht anders zu helfen, als daß man sich neuerdings prüfte. Ich mußte anerkennen, daß die Parteileitung des Bezirkes und die Zentralleitung sich in einer Art Notlage befanden, welche die Uebnahme der Kandidatur meinerseits bejüngern konnte, und sah es unter solchen Umständen als Pflicht an, der Verlegenheit Rechnung zu tragen. Natürlich war ich bemüht, den Platz in der Kammer nach allen Richtungen hin auszufüllen und auch anderes nicht nur zu lassen, sondern auch andere Leute sprechen in gleichem Sinne zu lassen. Auch wenn ich meinen Entschluß am Ende der Kammer- tagung 1902 hätte ändern und eine Kandidatur neuerdings übernehmen wollen, wäre ich vor der absoluten Unmöglichkeit gestanden. Seitdem ist kein Jahr vorübergegangen, ohne daß mich ein neuer Anfall betroffen hat. Gleichwohl mußte ich mich in jeder Wahl gegen die Zustimmung wehren, ein Mandat zu übernehmen.

Das ist die Wirklichkeit, die man kennen kann, teilweise auch kennen muß. Wie angeführt derselben die Behauptung zu tagieren ist, die das „Reichsberger Tageblatt“ neu aufgelegt hat, brauche ich nicht zu sagen. Es könnte sich nahelegen, einen Vergleich mit dem Mandats- freitil anzustellen, der an den Namen Oskierich sich knüpft. Ich verziehe meinerseits darauf und über- lasse es dem Leser, nach eigenem Belieben es zu tun.

Nach Lage der Dinge wäre ich durchaus berechtigt, von „Lüge“ zu sprechen, welche in diesem Falle auf meine Kosten gehandelt wird. Ich tue es nicht. Dagegen möchte ich die Aufmerksamkeit des Publi- kums auf die Tatsache hinlenken, daß der Führer der Partei, in deren Presse die offenkundige Un- wahrheit auf Kosten des Zentrums eine ganz un- heimliche Rolle spielt, ohne Grund schon wiederholt die Anschuldigung der Lüge wider die Zentrum- presse erhoben und damit selber die tatsächliche Wahr- heit gründlich verlegt hat. Aufgrund der gemachten Erfahrungen kann man kaum hoffen, daß er in dieser Beziehung in Zukunft es anders machen wird, als er bisher es gemacht hat. Th. W. a. d. r.

Deutschland.

Berlin, 22. Mai 1909.

* Die Rolle des Zentrums bei der Reichsfinanz- reform stellen die „Münch. Neuesten Nachr.“ Nr. 231 folgendermaßen fest:

„Aber wer hindert denn das Zentrum, sich der küm- merlichen Blochmehrheit“ anzuschließen und damit diese Mehrheit „groß und tragfähig“ zu machen? Auf Seiten des Blochs und der Regierung sieht niemand, denn hier würde man sich über christliche Mitarbeit des Zentrums nur freuen. Aber was man hier nicht will, das ist die Bildung einer solchen Mehrheit, in der das Zentrum ein notwendiger und wesentlicher Bestandteil wäre. Deswegen gerade bemüht man sich um eine Verständigung zwischen Liberalen und Konservativen. Als Dritter im Bunde unergiebiger sachlicher Arbeit und redlicher För- derung der Reichsinteressen ist das Zentrum willkommen, aber nicht als Erster oder Zweiter.“

Im „Tag“ hatte Dr. Julius Wachen vor einigen Tagen geschrieben:

„Bei der Finanzreform sollte man nicht die Mitarbeit des Zentrums zurückweisen, denn das Zentrum „versteht sich auf den Ausgleich von Interessengegensätzen“. Geleitet durch den Willen unter härtestem Druck schließlich doch noch eine kümmerliche Blochmehrheit zusammen, dann wäre doch zu wünschen, die Gewinnung einer großen tragfähigen Mehrheit, wodurch das Reich selbst auch nach seinem Zu- stande kommen gewissermaßen dem Streit der Parteien ent- zinkt wird.“

Was Wachen schrieb, muß jeder verständige Politiker unterschreiben. Was aber die „Münch. Neuesten Nachr.“ dem Zentrum zumuten, das ist eine politische Wunderrolle. Das Zentrum darf hinterdrein trollen, wenn der Bloch die Reform macht. So etwas der stärksten Partei im Reichstag zu bieten, wagt das Blatt einer Partei, die längst im Niedergang begriffen ist! Was das Zentrum will und was es verlangen muß, das ist, daß es genau ebenjenseit Recht hat, wie jede andere Partei. Das können und müssen auch seine über zwei Millionen Wähler verlangen.

* Die Wahl des Abg. de Wendel. — so schreibt die „Straßb. Post“, — der den Wahlkreis Diebendoblen im Reichstag vertritt, ist, wie schon gemeldet, auf er- gangene Anschuldigung hin von der Wahlprüfungs- kom-

mission beanstandet worden und das Plenum wird dem Beschluß zweifellos beitreten. Entschieden für die Bean- standung war die Behauptung des Profeties, daß dem Zentrum in Hayingen ein Saal abgetrieben worden sei. Es soll nun Beweis darüber erhoben werden, ob diese Behauptung richtig, und ob überhaupt in Hayingen und den weiten größeren Ortshäusern keine Wählerverfamm- lung des Zentrums abgehalten worden ist, da in diesem Falle nach der Praxis des Reichstags Herrn de Wendel sämtliche in Hayingen und Umgebung für ihn abge- gebenen Stimmen abzuziehen wären und er dadurch die Mehrheit verlieren würde. Innerhalb der Wahlprü- fungskommission selbst betrachtet man jedoch diesen An- schuldigungsantrag lediglich als eine Formlichkeit und zweifelt nicht daran, daß die Wahl schließlich für gültig erklärt wird.

Ausland.

Solland.

X Vom Schiedsgericht über die Casablanca-Affaire weiß „Reichs Journal“ aus dem Haag vom 21. dieses Monats zu melden: Das Urteil des Schiedsgerichts über die Desferriere-Affaire von Casablanca, die seinerzeit beinahe zu einem ern- sten Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich geführt hätte, ist seit vier Tagen fest gestellt. Der Inhalt des Urteils sowie die Entscheidung werden streng geheim gehalten. Das Urteil wird erst morgen in öffentlicher Sitzung verlesen werden. Während der ganzen Zeit der Verhandlung herrschte zwischen dem deutschen und französischen Delegierten das beste Einvernehmen. Schon so viel kann man indes sagen: daß das Urteil keineswegs die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auch nur auf das leiseste zu trüben geeignet ist. Das Urteil ist nur der Aus- druck der Rechtspredung.

Rumänien und der Dreiebund.

X Rumänien und der Dreiebund. Aus Budapest wird gemeldet: Hier erhält sich das Gerücht von einem engeren Anschluß Rumäniens an den Dreiebund. Das politische Ereignis soll durch den deutschen Kronprinzen angebahnt worden sein und soll nun durch den Erzherzog Franz Ferdinand, der sich in den nächsten Tagen an das rumänische Hof- lager begibt, vollendet werden. Auch in ernsten diplo- matischen Kreisen wird von einer Ausgestaltung der bisher bestehenden Militärkonvention zu einem poli- tischen Bündnis gesprochen.

Türkei.

X Die Thronrede des Sultans. In der nach seiner und der Abgeordneten Eidesleistung verlesenen Thronrede gibt der Sultan den Gefühlen der Freude und des Stolzes Ausdruck, sich inmitten der Sena- toren und Abgeordneten zu sehen, die die ottomanische Nation repräsentieren, deren Heil und Glück von der stetigen und ernsten Anwendung des verfassungs- mäßigen Regimes abhängt, das ebenso mit dem Scheriat wie mit den Grundgesetzen der Zivilisation übereinstimmt. Das ottomanische Reich bedürfe der Einigkeit seiner Kinder, um wieder zu erblühen, was verloren sei, und das weitere Fortschreiten des Vandes zu sichern. Die Thronrede beklagt die Unruhen in Adana und berichtet, daß alle Maßregeln ergrip- fen werden sollen, um die Wiederkehr derartiger Vor- fälle zu verhindern. Der Sultan nannte die Unter- stützung der beiden gesegneten Körperlichkeiten zur Durchführung der nötigen Reformen in der Ver- waltung, im Gerichts- und Finanzwesen, zur Verbol- kommnung der Streitkräfte, zur Besserung und zahl- reicheren Verbreitung des Unterrichtswesens sowie zur Vermehrung der öffentlichen Arbeiten in An- spruch. Die Thronrede schließt mit dem Wunsch, daß die guten Beziehungen zu den Großmächten und an- deren Staaten, die auf der Grundlage einer herz- lichen und aufrichtigen Freundschaft beruhen, noch weiter befestigt und vertieft werden möchten.

— Ueber die Lage der Armenier in der Türkei er- klärte der armenische Patriarch in einer Unterredung, er hege die Befürchtung, daß sich neue Zusammenstöße zwischen den Türken und den Armeniern ereignen könnten. An dem Willen der Jungtürken, derartige Zusammenstöße zu verhindern, sei nicht zu zweifeln; jedoch bestehe die Gefahr, daß die fanatisierte Menge sich gegen die Christen wende. Es wäre daher wün- schenswert, daß die Türkei die Proteste der Armenier in der Türkei übernehme. Er werde in der nächsten Woche nach Petersburg reisen, um dem Kaiser eine hierauf bezügliche Bitte vorzulegen. Kurz vor dieser Unterredung hatte der Patriarch den Be- such des russischen Vizekonsuls empfangen.

— Unter dem neuen Regime. Aus Konstantinopel wird gemeldet: In der Kammer teilte der Präsident den Eingang einer Depesche mit, nach welcher im

Dank der ausländischen Pressevertreter Ausdruck. — Gegen 3 Uhr, das Kaiserpaar war wieder eingetro- ffen, wurde das Beisitzen fortgesetzt. „Kon- fordia“ (232 Sänger, Dirigent H. Beyr) bot mit dem Preischor und auch den selbstgewählten Chören „Verlassen“ von Koch und „Friederichs Rex“ von Boede ausgezeichnete Leistungen und wurde mit Beifall überschüttet. — Auch „Schlagel“ und „Eisen“ boten gute Leistungen. Der 208 Sänger starke Verein (Dirigent H. Hoffmann) gewann dem schwierigen Preischor alle Vorzüge ab und gab auch „Schlacht“ von Schubert gut wieder. — Es folgte die Sängervereinigung „Krefeld“, Dirigent Musik- direktor W. Müller, 208 Sänger. Der Preischor wurde geschickt bewältigt und erfreute sich, ebenso wie der Chor „Warnung vor dem Rhein“ von M. Neumann, selbst des lebhaftesten Beifalls des Kaisers, der sich in der Preisrichterloge befand. — Auch der „Duisburger Sängerbund“ durfte sich kaiserlichen Beifalls erfreuen. Der Verein (175 Sänger, Dirigent Billy Düster-Krefeld) zeigte beim Preischor viel Verständnis und trug die „Meeresstimmen“ von Kemper ausdrucksvoll und fein nuanciert vor. — Die „Liedertafel“ M. Gladbach (Dirigent A. Thelene, 171 Sänger) und der Krefelder Sängerbund (190 Sänger, Dirigent M. Weich) brachten den Preischor wirkungsvoll zu Gehör, auch die selbstgewählten Chöre „Die beiden Sänge“ von Segar bezog, „Sturm- erwachen“ von Neumann fanden verdienten Beifall. — Die wenig dankbare Rolle, den heutigen Tag zu beschließen, fiel dem „Gregorius“ Vorbe zu. Er ver- stand es jedoch mit seinen 183 Sängern (Dirigent Herrn. Rothmann) das Publikum bis zum letzten Augenblick zu interessieren. — Nach Schluß des Kon- zertes fuhr das Kaiserpaar über die Saalburg nach Wiesbaden zurück.

Wladet etwas Soldaten, die ihre Dienstzeit beendet haben und die Auszahlung ihres rückständigen Soldes verlangte, das Telegraphenbureau besetzt und eine drohende Haltung angenommen haben. Die Aus- zahlung sei jedoch unmöglich, da die Kammer noch keine Vorschriften über die Auszahlung rückständiger Röhmung erlassen hat. Die Kammer beschloß darauf, den betreffenden Offizieren möglichst bald fertig zu stellen.

In dem zur Präfektur Konstantinopel gehörigen Bezirke Schide am Schwarzen Meere ist das Stand- recht vermindert worden, wahrscheinlich weil nach der hiesigen Militärrevolte in den Dörfern des Bezirkes zahlreiche Soldaten entlassen und ermordet worden waren.

Das Kriegsgericht forderte unter Androhung des Exzelsus und der Vermögenskonfiskation die Her- ausgeber der Blätter „Balkan“, „Serbest“ und „Adam“, sowie den Chefredakteur des „Adam“, Ali Kemal, auf, binnen zehn Tagen vor Gericht zu er- scheinen. — Ein Wachwunder, der die Soldaten der Lazimafarne zur Revolte aufgehetzt hatte, wurde vom Kriegsgericht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. — Dem Amtsblatt zufolge wurden ein Major und ein Bismajor, die am 13. April im Namen der Truppen der Selimialafarne aus Anlaß des politischen Wechsels Glimmlinge an die Zeitun- gen geschickt hatten, kriegsgerichtlich aus der Armee ausgeschieden und zu drei Jahren Kerker verurteilt. Der Sultan bestätigte das Urteil.

Frankreich.

X Von der französischen Marine. Der oberste Marinechef setzte vorgestern seine Beratungen fort. Ueber die Zahl der Panzerschiffe ist eine Einigung erzielt worden. Ingesamt sollen 38 Schiffe gebaut werden. Jedes Geschwader soll 6 Aufklärungschiffe erhalten. Auch die Torpedoboote sollen vermehrt werden. Für 1910 sollen 2 neue Geschiffe gebaut werden. Die Panzerschiffe sollen eine Wasserdrängung von 20000 Tonnen bei einer Geschwindigkeit von 20—22 Knoten pro Stunde erhalten. Als Ausrüstung sind 12 300 mm Geschütze vorgezogen.

X Zur Auslandsbewegung wird vom 24. Mai aus Paris gemeldet: 7000 Arbeiter wohnten gestern nach- mittag dem Meeting bei, welches der Verband der Bau- und Fabrikarbeiter veranstaltet hatte. Es wurden heftige Reden gegen die Regierung gehalten, ebenso gegen die- jenigen Arbeiter, welche die Arbeit fortsetzen. Mehrere Redner erwiderten die Kameraden, die Werkstätten zu demontieren und den Ausstand fortzusetzen, bis den Post- beamten volle Genugtuung gegeben würde. Eine Tages- ordnung in diesem Sinne wurde schließlich angenommen. Nach der Versammlung kam es zu Kundgebungen. Die Polizei schritt gegen die Kundgebungen ein und wurde von diesen mit allerhand Wurfgeschossen bombardiert. Mehrere Polizisten wurden verletzt, eine Anzahl Ver- waltungen vorgenommen.

— Die Früchte des revolutionären Geistes reifen in Frankreich immer mehr heran: der Sozialismus, der Syndikalismus, der Anarchismus, der Nihilis- mus und nun als Folge des letzteren der Futurismus, welche Bewegung in fortwährender Entwic- lung begriffen ist. Sie stammt aus Italien. Ihr fürchterendes Programm lautet: „Alles, was existiert und an die Vergangenheit erinnert, muß verschwinden. Restören wir daher die Museen, verbrennen wir die Bibliotheken, vernichten wir alles, was vorausging, und machen wir den Anfang mit der Moral!“ — Da hätten wir die netten Früchte der Gottesleugnung!

England.

X Das Unterhaus nahm die zum Budget gestellten Resolutionen an, welche die Verhinderung der Stempelabgaben bei Landwerb, Inhaberbonds, sowie die Erhöhung der Stempelabgabe auf Vertrags- abschlüsse vorsehen.

— England und der Schutzoll. Dem Zuzerner „Waterland“ wird aus London berichtet: Die Tarif- reformer haben einen neuen schweren Schlag gegen die liberale freihändlerische Regierung geführt, in- dem sie unter dem Firmennamen des Landes eine Umfrage veranstaltet haben, wie sich diese zu einer Zollabgabe von 10 Prozent ad valorem auf eingeführte aus- ländische Waren stellen. Die Umfrage ging an 7000 Firmen, die größten Englands, und hat überraschende Ergebnisse gezeigt. Die Fabrikanten erklären zu 70 Prozent, daß sie von einer Tarifreform allein das Heil erwarten; andere 20 Prozent antworten aus- weichend, eine Probe sei aber nicht abzugeben; nur 10 Prozent sind für den Freihandel. Interessant ist, daß die Umfrage es speziell darauf abgesehen hat, die Arbeiter zum Schutzoll zu bekehren. Sie bringt an hervorragender Stelle Angaben darüber, ob durch den Schutzoll die Fabrikanten eine Erhöhung der Ar- beiterzahl, d. h. eine Minderung der Zahl der Arbeitslosen erwarten, und ob Lohnverbesserungen nach Einführung der Tarifreform möglich seien. Auch hier lautet die Antwort außerordentlich günstig für die Sache der Tarifreformer. (Was werden unsere deutschen Freihändler anfangen, wenn England, auf das sie sich immer berufen, selbst zum Schutzoll über- geht? Die Med.)

Afrika.

X Aus Marokko. „Echo de Paris“ meldet aus Tanger, daß zwei aus Fez kommende Post- karriere, nämlich der deutsche und französische, geplündert worden seien. Der Leberfall der beiden Karrieren fand im Schanja-Gebiete statt. Wie das gleiche Blatt aus Mogador berichtet, behält sich die Ge- fangennahme zweier deutscher Ingenieure. Der Sultan sandte Truppen zu ihrer Befreiung.

Baden.

Karlsruhe, 22. Mai 1909.

Geistige Waffen der Sozialdemokratie im Wahlkampf. In Weimen in der badischen Pfalz fand am Feier- tag eine große Versammlung statt, in welcher der konservative Kandidat Generalkonzeptionsrat Schmidt von Heidelberg sich den Wählern vorstellte. Herr Warrer Hofmeier von Schaffhausen führte den Vor- sitz. Als erster Redner sprach Stadtschreiber Dr. Merk von Hohenheim, der die Kartellbewegung in ihrer Entwicklung und Berechtigung nachwies. Herr Kandidat Schmidt sprach über das „Was wir badischen Konservativen wollen“. Die Rede, von sozialer Geist getragen, fand reichen Beifall. Der Schluß der Rede lautet: „Wir wünschen, daß der Wahlkampf in ritterlicher

Weise unter voller Ausschaltung des Persönlichen geführt wird, getragen von dem Bewußtsein, daß man das Beste des Vaterlandes und des Wahlkreises will. Wir kon- servativen leben ab, in demagogischer Art mit Schlag- wörtern Erfolge zu erreichen. Von denen, die am Demagogentum, am Radikalismus, an der Prose, an der Aufpeitschung irrendwölblicher Leidensgefühle Gefallen finden, wünsche ich nicht gewählt zu werden, ich wünsche vielmehr von der ruhigen, verständigen, monarchischen, christlichen und nationalen Wählergasse, von Arbeitern und Beamten, von Landwirten und Gewerbetreibenden, denen an fruchtigem Schutze der nationalen Arbeit im Land und Land gelegen ist, deren Grundfals lautet: Mit Gott, für Kaiser und Reich, für Recht und Vaterland gekämpft zu werden. (Allgemeiner Beifall.) Wird mir das Vertrauen der Mehrheit der Wähler des Wahlkreises geschenkt, so soll es keinem Unwürdigen gegeben werden sein.“ (Langanhaltender Beifall.)

Der „Pfalzer Bote“ berichtet dann weiter: „Mittlerweile war es 6¼ Uhr geworden. Als erster Diskussionsredner sprach Johann der weit und breit bekannte Genosse Emil Waier-Heidelberg. In verlebender Weise und in besaglicher Breite ging er Punkt für Punkt des Referates durch. Als er etwa 20 Minuten gesprochen, merkte der ruhigere Teil, daß es eine endlose Dauererde werden sollte und es er- schollen viele Schlußrufe. Eine Bitte des Vorsitzenden, sich kürzer zu fassen, fruchtete nichts und hatten nach weiteren 10 Minuten die anständigen Elemente der Versammlung den sozialdemokratischen Redner satt und kamen allseitige Schlußrufe, worüber die Genossen riefen; in dem nun beginnenden Aufruf der rechtsstehenden Kreise schloß der Vorsitzende die Versammlung. Welche Witze sich der Genossen be- mächtigte, als sie sahen, daß ihre Pläne durchkreuzt wurden, geht daraus hervor, daß ein rüder Kerl einen hinterlistigen feigen An- griff auf den ruhig den Saal ver- lassenden konservativen Kandidaten machte, indem er unversehens den- selben von hinten auf den Rücken schlug und ihn zu Boden werfen wollte, andere Vertreter des Zukunftsstaates erhoben bereits ihre Stöße, um zu- zuschlagen. Nur dadurch, daß Herr Schmidt keine Zurückgeheitschritte verließ. Der vereitelte Plan der Genossen bestand darin, die Versammlung zu terrorisieren, dies bewies eine von einem sehr ange- sehenen Herrn vor der Versammlung gehörte An- scheinung zweier Genossen: Wenn wir heute die Mehrheit nicht kriegen, sind die (konservativen) obenau und wir sind verloren! Während der Vorträge wurden jedoch die entsprechenden roten Besuche glänzend abgehandelt, hätte nun Herr Parteiführer Waier etwa eine Stunde gesprochen, so würde sich mittler- weile ein rechtsstehender Besucher nach dem anderen aus Ueberdruß über die rote Weisheit verlaufen haben und wäre so eine Bewirtung der roten Wüsten vielleicht zu erreichen gewesen. Als nun infolge des fleißigen Betragens die Versammlung gelöst wurde, kamte die Witze der roten keine Grenzen.“

So etwas muß bei verständigen Wählern das Gegenteil von dem den Genossen ermittelten Effekt hervorrufen. Man spricht auch davon, daß es sich im Herbst bei den Wahlen nur um die zwei Namen Weisheit (soz.) und Schmidt (kon.) handeln werde. Der nationalliberale Kandidat macht wenig von sich reden.

Niedriger hängen

müssen wir folgende Leistung der „Bad. Landesztg.“, die in ihrer Frauenrubrik Nr. 10 vom 21. Mai 1909 unter der Ueberschrift „Mann und Weib“ verschiedene Aphorismen aus einem in Berlin erschienenen Buche bringt; dabei befindet sich auch folgender: Das Weib und der Reichthum:

Das Sündengeld der Frauen ist Verleibtheit in den Weibstater.

Es ließe die Wirkung abschwächen, wenn man dieser unerhörten, roten Beschwörung der gläubig katho- lischen Frauenwelt etwas hinzufügen würde. Sie bildet einen neuen Beitrag zu dem Kapitel „Liberalis- mus und katholische Kirche.“ Das ist Simplicissimus- geist!

Kandidaturen.

* Im Wahlkreis Durlach-Gillingen-Pforz- heim wurde am Donnerstag in einer gut besuchten Versammlung, der Prinz Bülowstein und Freiherr von Zarode beehren, unter dem Vorsitz des Herrn Bülow- meisters Schöpflin, der bisherige Abgeordnete, Wähler- beifzug Gierich von Gillingen, wiederum als Landtags- kandidatur aufgestellt.

* Baden-Baden, 21. Mai. Von verschiedenen Blättern des Landes wurde die Nachricht gebracht, die hiesige Zentrumspartei sei der Wählervereins- geschlossen beigetreten. Der Vorsitzende der Zentrumsp- partei Baden-Baden, Herr Stadtrat Roman Schmid, erklärt nun diese — an sich schon den Stempel der Unwahrheit tragende — Meldung für durchaus un- zutreffend. Damit sind sämtliche von den liberalen Blättern daran geknüpften Erörterungen hinfällig.

Kleine badische Chronik.

* Karlsruhe, 21. Mai. Wie das „Reichs- Tagebl.“ erzählt, beabsichtigt Betriebsdirektor Engler bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen demnach in den Ruhestand zu treten. Herr Engler steht im 65. Lebensjahre. * Mannheim, 21. Mai. Herr Großkaufmann Louis Hirsch, der Seniorchef des Weibhauses Jakob Hirsch und Ehre, der gestern in voller Mäßigkeit seinen 70. Geburtstag feiern konnte, ist vom Großherzog zum Kommerzienrat ernannt worden. Der Jubilar hat 20000 Mk. zu stipendieren für Studierende der Handelshochschule und 1000 Mk. für die Armen hiesiger Stadt gestiftet.

* Mannheim, 21. Mai. Am Donnerstag den 20. d. fand hier im Gohlhaus zum „Straußen“ Volksvereins- versammlung statt. Der Saal und die zwei daran anliegenden Wirtschaftszimmer waren bis auf den letzten Platz besetzt. Unser hochw. Herr Warrer Jipp begrüßte die Versammlung, worauf Herr Stadtschreiber Steffan von Krauthelm einen Vortrag hielt über seine Bilgerfahrt nach Rom im Gebirge des letzten Jahres. Sehr interessant waren seine Schilderungen über Mailand, Bologna, Venedig, Neapel, die Totenstadt Pompeii, das Palästina, die Katakomben und die Audienz beim P. Vater. Herr Warrer Verberich Windischbuch knüpfte an die Worte des Jesuitenpaters Abel: „Heruus mit dem praktischen Christentum!“ Irgendige Ermahnungen zur rechten Ertüchtigung seines Glaubens. Herr Warrer Verberich wird uns in der nächsten Versammlung mit einem Vortrag über seine Bilgerfahrt nach Lourdes, von der er viele Worte zurückgebracht hat, erfreuen. Herr Warrer Jipp dankte den Herren Rednern und machte die erbetene Mitteilung, daß voraussicht- lich am 11. Juli Herr Dr. Schöfer-Freiburg in einer Volksvereinsversammlung sprechen wird. Im Volksverein

Mittwoch ist in den letzten paar Monaten die Mitgliederzahl von 80 auf 140 gestiegen.

Einwohner. 19. Mai. Der verheiratete, 29 Jahre alte Landwirt Heinrich Ranz zog sich eine Bluthochspannung zu dem Düngeertrinken mittelst Chlorsilber; er hatte eine unheilbare Wunde an der Hand und mußte die Nachschleife innerhalb zwei Tagen mit dem Leben lassen.

1. Mai. 22. Mai. Die gegenwärtige trockene Witterung bringt unserer Landwirtschaft einen empfindlichen Schaden. Die Futtervorräte sind aufgeschöpft und der Mangel an Düngemittel sehr groß. Die Fütterung auf eine gute Grundlage schwindet täglich mehr und mehr und wenn nicht bald frische Witterung eintritt, so werden auch die Getreidefelder in der bis jetzt noch üppigen Vegetation zurückgehen. Die Landwirte sehen nicht ohne Ursache mit Sorge in die Zukunft. Auf der einen Seite haben die Leute fortwährend mehr zu bezahlen, während der Ertrag ihrer Arbeit, also ihr Lohn sehr schmal zu werden scheint.

Baden-Baden. 21. Mai. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Winterer-Freiburg fand heute in der Konferenz der badischen Oberbürgermeister statt.

Baden-Baden. 21. Mai. Von einem überaus zarten Tod wurde gestern ein hier in Stellung befindlicher verheirateter Schreiner ereilt. Als der Bedienstete, ein Mann von 66 Jahren, nachmittags 4 Uhr durch die Bismarckstraße ging, brach er plötzlich vom Gehweg gestürzt tot zusammen. Die Leiche wurde ins Schwabinger Verdracht.

Speyer. 21. Mai. Wie wir erfahren, wird der Dichtersänger Sängerkund am kommenden Sonntag auf Burg Wundt ein großes Maifest abhalten. Nicht weniger als 20 Vereine mit ca. 700 Sängern haben ihre Beteiligung zugesagt, jedoch geringere Stunden in Aussicht stehen. Es sollen sowohl Gesamt- als auch Einzelstücke zum Vortrag gebracht werden. Alle Freunde des deutschen Liedes, sowie die Mitglieder der Gausvereine mit ihren Angehörigen sind freundlich eingeladen.

Lokales.

Karlsruhe, 22. Mai 1909

Lehr. Mitteilungen aus der Stadtrats-Sitzung vom 21. Mai 1909.

Der Oberbürgermeister teilt mit, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog in die Stadtrats-Sitzung seinen Dank ausgesprochen habe für die freundliche Aufnahme, welche die Karlsruher Bürgergemeinde seinen kaiserlichen Gästen anlässlich ihrer Besuche am Großherzoglichen Hofe bereitet hat.

Herr Hofrat Dr. v. Sallwürst, Direktor des Großherzoglichen Hofes, dankt in einem freundlichen Schreiben an den Oberbürgermeister für die Glückwünsche, die ihm dieser namens der Stadterwaltung vom 10. Geburtstag übermitteln hat.

Herr Dr. Otto Ammon richtet an den Stadtrat folgendes Schreiben: An den hochverehrlichen Stadtrat der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe! Da Herr Oberbürgermeister Siegrist in einer Zuschrift an Hisseglatter die Ausübung einer scharfen Kritik an einer seiner Reden für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu einer städtischen Kommission erklärte, so habe ich mich veranlaßt, meine Mitgliedschaft in der städtischen Kredit-Kommission und in der Sozialen Kommission hiermit niederzulegen. Mit vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst hierzu, daß er durchaus nicht die Ausübung einer scharfen Kritik an einer seiner Reden für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu einer städtischen Kommission erklärt habe. Wohl aber halte er es mit den Umständen eines Kommissionsmitgliedes nicht für vereinbar, daß Herr Dr. Ammon, obwohl er im Besitz des ausführenden Beschlusses der Oberbürgermeisters richtig darstellenden amtlichen Bericht war, auf Grund der gerade in Bezug auf Zahlenangaben erfahrungsgemäß weniger zuverlässigen Privatberichte der Zeitungen und ohne den von Herr Dr. Ammon einer vorläufigen Auffassung den Oberbürgermeister in der Öffentlichkeit bloßstellen zu können, sich bei diesem Verfahren trotz der gegebenen Erklärung bedarrt. Der Stadtrat möge mitleidig diesen Standpunkt und hat gegen die Wiederlegung der städtischen Ehrenämter des Herrn Dr. Ammon nichts einzuwenden.

Oberbürgermeister Siegrist, die Schiffahrtsabgaben und Dr. Ammon. Wie aus dem Stadtratsbericht zu erhellen ist, hat Herr Dr. Ammon, der Vorsitzende des Ausschusses „Merxer“, wegen der Differenzen mit dem Oberbürgermeister in der Frage der Schiffahrtsabgaben seine Mitgliedschaft in der städtischen Kreditkommission und in der Sozialen Kommission niedergelegt. Im „Schwabinger Merxer“ wie in hiesigen Blättern erwidert Herr Dr. Ammon auf die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, von denen wir gestern kurz Notiz nahmen. Herr Dr. Ammon beruft sich gegenüber der Verwaltung des Oberbürgermeisters, den Satz von 0,4 Pf. pro Tonnenkilometer als den „niederen“ bezeichnet zu haben, darauf, daß die Karlsruher Blätter ihn so sprechen ließen; auch der amtliche, auf dem Rathaus bereitete Bericht habe ursprünglich damit übereinstimmend, sei aber nachträglich durch Striche und Zwischenstriche geändert worden. Herr Oberbürgermeister Siegrist bezeichnet in einer Zuschrift an die Presse, die Behauptung, daß der amtliche Bericht auf die Kritik im „Schwabinger Merxer“ hin zu seinen Gunsten abgeändert, also gefälscht worden sei, als „höchste Verleumdung“. Es ist klar, daß die Herren v. G. der Sachlichkeit wenig, Es kommt auch im Parlament vor, daß ein Redner das Stenoogramm verbessert, wenn man jemanden darauf aufmerksam macht, enthält das nicht die Vorwürfe der Fälschung. Ob hier der amtliche Bericht tatsächlich abgeändert wurde, können wir nicht mehr unterfragen. Die Tatsache scheint aber festzustellen, daß die überreichte Steno-Graphie und das was der Oberbürgermeister gesagt haben, sich nicht vollkommen decken. An den von einander unabhängigen übereinstimmenden Presseberichten, kann die Schuld nicht liegen. Herr Dr. Ammon tritt in weiteren sachlichen Darlegungen den Ausführungen des Herrn Ober-

bürgermeisters entgegen und verneint sich dagegen, daß er seinen „Landesboten“ und „Mittler“ in den Blättern falle. Es sei ihm auch nicht eingefallen, den Herrn Oberbürgermeister „bloß zu stellen“, dieses Leid habe er sich und dem Stadtrat und dem Bürgerausschuß selbst angetan, die er durch seine unrichtigen Äußerungen zu einem blühenden Profit mitriß. Er (Dr. Ammon) sei schon vor Jahren ohne sein Zutun zum Mitglied der Archivkommission und der Sozialen Kommission ernannt worden, habe aber nie geglaubt, durch die Annahme seiner Freiheit und Unabhängigkeit als Politiker und Journalist zu beschneiden, denn die Auffassung sei ihm ganz ferngelegen, daß die gesamte Stadterwaltung, einschließlich der weit neubekanntesten Kommissionen, Mitglieder einen Küniglein bide, in dem keiner dem Anderen etwas Unangenehmes sagen darf. So Dr. Ammon.

Verein Volksbildung. Mittwoch, den 26. Mai d. M., abends 8 Uhr, findet im Großherzoglichen Hoftheater eine Vorstellung statt, und zwar „Der Waffenschmied“. Hierzu haben die persönlichen Mitglieder die Vorrede. Die Karten werden Montag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, in der städtischen Ausstellungshalle (auf dem Festplatz) ausgegeben. (Preis der Plätze 1 M., 50, 60, 40, 30 und 10 Pf.); jedoch nur gegen Vorzeigen der Mitgliedsarten für das Vereinsjahr 1908/09. Während des Verkaufs der Theaterkarten werden keine Neuankömmlinge entgegengenommen, auch können nicht eingelöste Mitgliedsarten nicht abgegeben werden; letzteres kann Montag, den 24. Mai, in der Gesellschafts- und Adressenliste 67, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags seine Erledigung finden.

Leidenschaft. Die gestern früh im städtischen Rheinischen geländete Leiche ist die des 20 Jahre alten ledigen Konditors G. G. aus Kettlingen, der seit dem 15. d. M. vermisst wurde. Beweggrund unbekannt, Verbrechen bisher ausgeschlossen.

Selbstmordverbot. Gestern mittig schloß sich der 16 Jahre alte Lärcherling G. v. von hier in der Backstube seines Lehrers in der Vorstadt Gärtnereck in selbstmörderischer Weise mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Brustseite und wurde schwer verletzt in das städtische Krankenhaus verbracht. Motiv unbekannt.

Graf Hoensbroech in Karlsruhe.

Die Ernennung der Gegner des Zentrums erfuhr gestern Freitag (21. Mai) eine treffliche Illustration dadurch, daß sie sich aus Großherzoglichen Hof in Karlsruhe bekanntem Zentrumsmittler Graf Hoensbroech verhielten, den Mann, der wegen seiner Bittenfähigkeiten von der Wissenschaft, selbst der nichtkatholischen, abgelehnt ist; für Leute, die nur das wissen wollen, die seine weiteren Beweise brauchen, um die Bittenfähigkeiten gerade noch recht, so sie einander würdig. Der Zentrumsführer war so ziemlich voll besetzt; denn auch in Karlsruhe fehlt es nicht an Leuten, die gerne eine kleine und noch lieber eine große Hege mitmachen, wenn es dem Kampf gegen das Zentrum gilt. Viele waren wohl aus Neugier erschienen. Auch eine Anzahl Zentrumseule waren anwesend. Selbstgeher war der Antikatholische Verein.

Was der Redner zu sagen wollte, war eigentlich nichts neues aus seinem Munde. Es ist das Schicksal solcher Kontraste, daß sie sich ewig in Kreise ihrer vorgefaßten Meinung drehen und dann glauben, weil ein paar sich um sie bewegen. Hoensbroech führte als Beweis für die antinationalen Gesinnungen des Zentrums, wobei er ganz nach Art der „Landesboten“ einzelnen Zentrumsmännern und Zentrumsgremien die nationale Gesinnung lassen will, den Schluß Rins IX, an, der auch von den folgenden Blättern anerkannt worden ist, in dem die weltliche Macht der geistlichen untergeordnet werde. Das Zentrum stelle sich auf denselben Standpunkt; Weisheit das Staatsrecht der Geres-Gesellschaft. Als weitere Beweise brachte Redner das Non expedit vor, das die italienischen Katholiken politisch entrechtete und das auch auf die Katholiken anderer Länder ausgeübt werden könne. Man wende von Zentrumseite allerdings ein, daß das Zentrum beim Septennat nicht den Intentionen des Papstes gefolgt sei. Windthorst und Franzenstein hätten damals den übrigen Zentrumsführern den Brief des Papstes einfach unterschrieben. Das habe sich nachher gezeigt. Der Reichstag sei aufgelöst worden. Bei den Wahlen sei das Zentrum in seiner alten Zusammensetzung in den Reichstag wieder eingesetzt. Dort hätten die geistlichen Mitglieder über die unvereinbarkeit wieder vorgelegte Vorlage sich der Stimme enthalten, einige hätten sogar dafür gestimmt. Warum? Somit sage man: Cherchez la femme (So heißt es nämlich bei dem Herrn Grafen die Red.), hier aber müsse man sagen: Cherchez le papet! Ferner verurteilte Redner aus einer ganzen Reihe von Zitaten aus Reden von Zentrumsmännern, so von Hehenbach, Krömer, Borsch u. a. nachzuweisen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei und als solche ihr religiöses Oberhaupt auch in politischen Dingen anerkennen müsse. Es sind die alten Wägen mit neuem Aufputz! Zum Beweis für seine Ausführungen berief er sich auch auf sein eigenes Buch „Der Papst und das Zentrum“. Wechselt die Redner mit der Negierung und dem Volk nicht aufzuheben, die doch ihr Wohlwollen gegen das Zentrum tun. Er meinte, die Wähler sollten das Zentrum nicht von der Arbeit ausschließen, wo es gute Vorschläge mache bei der Finanzreform; dagegen verweise er, daß in den zwei Jahren auch nur einmal das Zentrum grundsätzlich angegriffen und ihm die Wäse heruntergerissen worden sei. Da sei es die Pflicht der Zuhörer, die Aufklärung über das Zentrum in das katholische Volk zu tragen. Zum Schluß empfahl Redner den Beitritt zum Antikatholischen Reichsverband und zum akademischen Bismarckbund. Seinen Ausführungen wurde frenetischer Beifall gesendet, wie das der Herr Graf gemerkt ist. Er bittet dann allemal, ihm den Beifall durch die Tat zu zollen.

An der Diskussion beteiligte sich lediglich Herr Professor Arthur Böhtlingk, den der Raum und Beifall Hoensbroechs nicht mehr rügen ließ. Er ritt sein bellantes Stückenpferd und schlug in dieselbe Herde wie sein Vordränger, behauptete, das konfessionelle Zentrum

erhalte seine Direktiven aus dem Vatikan. In zum Teil unverständlichen Ausführungen wendete er sich gegen die Erziehung des Merxer durch den kürzlich nach Rom berufenen Prälaten Heiner. Nach der Lehre des kanonischen Rechts sei unsere Ehegesehgebung null und nichtig. Wenn die Leute sagen, die Schule gehört dem Staat, so antworte der Merxer, der unsere politischen Wahlen macht, in Gemäßheit des kanonischen Rechts, die Schule gehört der römischen Kirche. Wer diese Gegensätze nicht sehe, sei entweder blind oder treibe ein Doppelspiel. Das Zentrum mache nur politische Gesichtspunkte geltend, um das Volk in die Hand zu bekommen. Es kam dabei dem Redner auf eine Unaufrichtigkeit gar nicht an, so behauptete er, das Zentrum sei bei den letzten Reichstagswahlen mit dem Sozialdemokraten gegangen. Bestimmlich ist ein Versuch in dieser Hinsicht von ganz anderer Seite gemacht worden als vom Zentrum, denn die „Genossen“ müßten hätten. Schließlich rechnete der Herr Professor noch vor, daß 62 Prozent der böhdischen Bevölkerung katholisch seien und zog daraus den Schluß, welche Gefahr für Baden bestünde. Folle Baden, so falle damit ganz Süddeutschland und sei Süddeutschland dahin, so sei es um ganz Deutschland geschehen. Auch Herr Böhtlingk fand den selbstverständlichen Beifall.

In seinem Schlusswort empfahl der Referent Graf Hoensbroech dem Liberalismus mehr Rücksichtlosigkeit und Mut der Überzeugung. Da sich vom Zentrumseite niemand zum Wort gemeldet hatte, glaubte der Herr Graf die Annahme ausprechen zu dürfen, daß auch diese Seite mit ihm einverstanden sei. Als darauf einwärtiges Beifall erkam, hätte man von verschiedenen Seiten als Zeichen der nationalen Freiheit die Hufe-Hinans! Eine nette Gesellschaft, die Eintrittsgeld erhebt und dann den Gegnern „Hinaus!“ zuruft!

Das Zentrum ist also vernichtet, tot und kaputt! Was Hoensbroech nicht fertig gebracht hat, das hat Böhtlingk vollbracht. Was werden die armen Nationalisten und ihre Blockbrüder anfangen, da sie so unerwartet um den Lorbeer für die Vernichtung des Zentrums durch den Erzejulian Hoensbroech und Professor Böhtlingk gebracht wurden! Die Armen tun uns wirklich in der Seele leid, sie haben sich so viele Mühe gegeben und nun ist ihnen der ganze Ruf für den Sieg zufällig! Das nennt man das böse Schicksal, das auch den Grafen Hoensbroech in der „Badischen Presse“ zum „Zentrumsgegner“ gemacht hat!

Sport.

Fußballwettkampf. Die erste Mannschaft des Karlsruher Fußballvereins absolvierte gestern Sonntag das letzte Spiel der alten Saison auf eigenem Platz. Eine Freundschaftsspiel in die Schweiz (Wahl und Kaufmann) wird den offiziellen Schluß der Saison 1908/09 bilden. Das Spiel am nächsten Sonntag das auf dem Sportplatz an der verlängerten Wolfstraße stattfindet, wird ein lokales Spiel. G. G. Alemannia 1, die sich während der ganzen Saison als ein sehr harter Gegner gezeigt hat, wird um 4 Uhr gegen S. F. V. I. antreten. Alemannia hat sich durch neue Spieler sehr verstärkt und wird auch der zur Zeit in guter Form befindlichen S. F. V. Mannschaft eine harte Aufgabe zu machen geben. Dieser lokale Wettkampf, der in Anbetracht des hohen Wetters um 4 Uhr beginnt, wird wie alle Kämpfe lokaler Gegner keine Anziehungskraft auf das Sportpublikum ausüben. Die S. F. V. Mannschaft des S. F. V. in der verlebte alte „Größen“ mitspielen, wird morgen halb 10 Uhr ebenfalls auf dem S. F. V. Platz gegen die S. F. V. des S. F. V. Wälsburg, die bis jetzt unbesiegt sind, ein Wettkampf ausfechten.

Vermischte Nachrichten.

Rey, 19. Mai. Das Landgericht erklärte das Nachtragprotokoll des Meier Verzeivereins auf Antrag des Käfers Dr. Gerns für ungültig.

Paris, 21. Mai. Was Dischambon meidet der Welt Pariser: In der Kirche des Klosters der St. Margarete gestern eine Empore ein, auf der 200 Sängler Platz genommen hatten. Viele stürzten auf die Knöchelchen im Innern der Kirche. Bisher wurden 7 Leiden aus den Trümmern gezogen, 25 schwer und 40 leichter Verletzte.

Wittiges Familien-drama.

München, 21. Mai. Ein Familien-drama ereignete sich heute früh 7 Uhr in einem Hause des Paulanerplatzes. Die Frau des Invaliden Schneider verlor die beiden Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren durch Meßerschnitte in die Lunge schwer, ebenj ihren Mann. Der Mann geriet über die Tat der Frau in große Erregung und tötete diese durch einen Stich in die Brust.

Wäsche-Lieferung für die Stadt. Badanstalt (Wierordtbad).

- Die Lieferung von:
1. 100 Badetüchern,
 2. 600 Handtüchern,
 3. 50 Bademanteln,
 4. 200 Badehosen,
 5. 100 Leinwandtüchern,
 6. 32 Personalhosen,
 7. 30 Hemden,
 8. 30 Kopftüchern,
 9. 100 Dampfbadführern

Die Lieferung von:

1. 100 Badetüchern,
2. 600 Handtüchern,
3. 50 Bademanteln,
4. 200 Badehosen,
5. 100 Leinwandtüchern,
6. 32 Personalhosen,
7. 30 Hemden,
8. 30 Kopftüchern,
9. 100 Dampfbadführern

Lieferungsbedingungen zc. liegen auf dem Geschäftszimmer der unterzeichneten Verwaltung in den üblichen Geschäftsstunden zur Einsicht auf.

Offerten sind geschlossen und mit geeigneter Aufschrift versehen bis Samstag, den 12. Juni ds. Js., außer einzureichen.

Karlsruhe, den 21. Mai 1909.
Städt. Bad-Verwaltung (Wierordtbad).

Bekanntmachung.

Die Zuhaber der im Monat Oktober 1908 unter Nr. 20580 bis mit Nr. 22706 angefallenen bzw. erneuerten Pfandschulden werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 3. Juni 1909 anzulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden.
Karlsruhe, den 22. Mai 1909.
Städtische Pfandleihkasse.

Bergebung

der Herstellung eines Gasdruckrohrstranges vom Gaswert II zum Gaswert I.

Wir haben im Wege des öffentlichen Angebotsverfahrens das Reisen und Verlegen von ca. 3800 lsbm geheiztem Nussensrohr von 400 m/m Lichtweite, sowie die Herstellung der hierzu erforderlichen Erdarbeiten zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen in

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Frankfurt a. M., 21. Mai. Der Kaiser hat eine Reihe von Orden verliehen, u. a. dem Oberbürgermeister H. K. S. den Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub, dem Erbauer der Festhalle Professor von Thiersch den Stern zum Kronenorden 2. Klasse und dem Polizeipräsidenten Schererberg-Frankfurt den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife.

Hd. München, 21. Mai. Vom 1. Juli 1909 an wurde der Ministerialrat des Staatsministeriums für Verwaltungangelegenheiten, Johann Ritter von Weigert in Ludwigshafen (Rhein) zum Präsidenten der Eisenbahndirektion München befördert.

Zur Reichsfinanzreform.

Hd. Berlin, 21. Mai. Die Reichsfinanz-Kommission setzte heute mittig ihre Beratungen fort. Nach längerer Debatte wurde der Artikel 2 des konföderativen Antrages betreffend die Bestimmungen über die Besteuerung der Wertpapiere nahezu unverändert mit den Stimmen der Konföderativen, Zentrum, Polen, Freikonföderativen und wirtschaftliche Vereinigung mit 17 gegen 11 Stimmen angenommen.

Der Antrag Böckle (Umsatzsteuer auf Immobilien) mit einem Abänderungsantrag des Abg. Böckle (v. Bg.) über die Grundstücke im Werte bis zu 20000 M. freiläßt und im übrigen die Steuer abnimmt, wurde angenommen und zwar mit einer Mehrheit aus dem Zentrum und der Rechten. Hierauf wurde noch der grundlegenden Paragraf über die Wertungsteuer auf Immobilien angenommen.

Das Ende des französischen Postbeamtenstreiks.

Hd. Paris, 22. Mai. Auch gestern nachmittags war in der Reichshalle St. Paul das Meeting der Postbeamten einberufen, das nach langer Debatte den Poststreik als für beendet erklärt und dem Komitee der General-Konföderation der Postbeamten das Versprechen, den Postbeamtenausstand durch den Generalkonföderation zu unterstützen, zurückgab.

Wetterbericht des Zentralbureaus für die Erde, und Sudragr. vom 22. Mai 1909.

Das Depressionsgebiet im Nordwesten besteht fort. Der Ausläufer niedrigen Druckes, der gestern nach Mittelfrankreich hereinragte, ist nordwärts verlagert und erstreckt sich heute über die Nordsee hinweg bis nach den Niederlanden. Der hohe Druck hat zwar meist etwas abgenommen und seinen Kern weiter ostwärts auf Polen verlegt, doch herrscht er noch die Witterungsverhältnisse von ganz Mitteleuropa; das Wetter ist deshalb nach vorübergehender Erlebung wieder meist heiter, dabei untertags sehr warm. Veränderliches und warmes Wetter mit Neigung zu Gewitterbildungen ist zu erwarten.

Wasserstand des Rheines am 22. Mai 1909 früh:
Schwarzwald 1.85, gestiegen 4. April 2.20, gestiegen 1. Maxen 3.96, gestiegen 1. Mannheim 2.85, gestiegen 1.

Tages-Kalender.

- Sonntag, den 22. Mai.
„Fidelitas“, Verein katholischer Kaufleute und Beamten. Stammtisch „Alte Post“.
Sonntag, den 23. Mai.
Gesangsabteilung des Kathol. Gesellenvereins. 5.48 Uhr Ausflug nach Ottenhöfen-Alberthausen-Oberflach.
„Fidelitas“, Verein katholischer Kaufleute und Beamten. Ausflug zum Schützenhaus. Treffpunkt halb 3 Uhr an der Kunitzhalle.
Kath. Jugendverein der Mittelstadt. Ausflug durch den Waldpark über Blankenloch nach Untergrombach—St. Michaelskapelle—Wieshof. Treffpunkt beim großen Schloßgarten am Klosterweg. Abmarsch präzis 9 Uhr.
Kath. Männerverein der Oststadt. Nachm. 1.45 Uhr Familienausflug nach Reichelsbach.
Kath. Jugendverein der Oststadt. 3 Uhr Spielgelegenheit im St. Josephshaus. 5 Uhr Versammlung bei der älteren Abteilung bei Gröglisch.
Kath. Diensthelferverein der Oststadt. 4 Uhr Versammlung im Josephshaus.
Kath. Diensthelferverein der Mittelstadt. 4 Uhr Versammlung im St. Franziskusshaus.
Kathol. Gesellenverein. 8 1/2 Uhr Versammlung.

unseren Geschäftsräumen (Katterkolle 11, III, Stod, Zimmer Nr. 20) zur Einsicht auf, wobei auch Angebotsformulare erhältlich sind.

Beschlossene und mit der Aufschrift: „Angebot auf Herstellung eines 400 m/m Gasdruckrohrstranges“ verbriefene Angebote sind bis längstens Donnerstag, den 3. Juni ds. Js., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der eingelaufenen Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter oder deren Vertreter vorgenommen werden wird.
Karlsruhe, den 19. Mai 1909.

Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Brave Jünglinge

im Alter von 16-30 Jahren, welche Beruf zum Priesterstande in sich fühlen und sich der Salesianer-Kongregation anschließen wollen, werden sich vertrauensvoll an den hochw. H. Direktor des Deutschen Don Bosco-Institutes St. Bonifazius in Penango Konferrato (Italia).

Das allein echte MAGGI ist

MAGGI'S Suppen-WÜRZE mit dem Kreuzstern

NEUENNAHR

Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Blasenleiden, Gallensteine, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheumatismus, Erkrankung der Atmungsorgane. Bade-u. Trinkkuren, Bäder jeder Art, Inhalatorien, Fango-Behandlung. Für Hauskuren: Thermal-Wasserversand. Kurhotel, einziges Hotel in unmittelbarer Verbindung mit dem Badehaus, ausserdem viele gute Hotels und Privatpensionen.

Illustrierte Broschüren gratis und franko durch die **Kurdirektion, Bad Neuenahr (Rheinland).**

Unsere stets äußerst kalkulierten Preise bieten unseren Kunden jederzeit die vorteilhafteste Einkaufsgelegenheit.



Roh-Seide u. Foulard



Grosse Mode für Kleider, Mäntel, Röcke und Blusen ist Rohseide; solche ist in roh und gefärbt gebracht worden. Es werden feine leichte Gewebe und grobe schwere Bindungen fabriziert. Die Rohseide ist, wie auch Japon, sehr angenehm und leicht im Tragen.

Mit Freude wird die Wiederaufnahme der Foulards begrüsst; diese reinseidenen Drucks auf Liberty- und Twillbindungen sind nicht allein sehr elegant, sondern auch sehr praktisch und leicht.

Leipheimer & Mende, Spezial-Haus für Stoffe, 169 Kaiserstrasse.

Gottesdienstordnung.

Sonntag, den 23. Mai 1909.
Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
 5 Uhr Frühmesse.
 6 Uhr hl. Messe.
 7 Uhr hl. Messe.
 8 1/2 Uhr Singmesse mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt.
 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.
 2 1/2 Uhr Christenlehre für die Mädchen.
 3 Uhr Andacht zum hl. Geist.
 7 1/2 Uhr Maiandacht mit Predigt und Segen.
 Samstag 5 1/2 Uhr früh Taufwasserweihe, hierauf Hochamt.
Verhärdenkirche.
 6 Uhr Frühmesse.
 8 Uhr Singmesse mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.
 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.
 2 Uhr Christenlehre für die Junglinge.
 2 1/2 Uhr Andacht zum hl. Geist.
 7 Uhr Maiandacht mit Predigt.
 Donnerstag Jungfrauenkongregation.
St. Vincenzkapelle.
 5.35 Uhr hl. Kommunion.
 7 Uhr hl. Messe.
 8 Uhr Ant.
 5 1/2 Uhr Maiandacht mit Predigt.
Heilfräuenkirche.
 Samstag abend nach der Maiandacht Beichtgelegenheit für die diesjährigen Erstkommunikanten-Knaben.
 6 Uhr Frühmesse, nach derselben Generalkommunion für die diesjährigen Erstkommunikanten-Knaben.
 8 Uhr Singmesse mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Amt mit Predigt.
 11 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.
 1 1/2 Uhr Christenlehre für die Knaben.
 2 1/2 Uhr Beiper.
 7 Uhr Predigt und Maiandacht.
 Montag abend 8 1/2 Uhr kirchliche Versammlung der Jungfrauenkongregation mit Predigt.
 Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Männergesellschaft U. L. F.: Gefangenschaft im oberen Saal des Jesuitensalles.
St. Nikolauskirche.
 9 Uhr Singmesse mit Predigt.
St. Bonifatiuskirche.
 6 Uhr Frühmesse.
 8 1/2 Uhr Singmesse mit Predigt.
 9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt.
 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.
 2 Uhr Christenlehre für die Knaben.
 2 1/2 Uhr Beiper.
 7 Uhr Predigt, Maiandacht u. Segen.
 Ludwig Wilhelm-Krankenheilm.
 8 Uhr hl. Messe.
St. Peter- und Paulskirche.
 6 Uhr Beichtgelegenheit.
 6 1/2 und 7 1/2 Uhr Austeilung der heiligen Kommunion.
 7 1/2 Uhr deutsche Singmesse.
 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.
 1 1/2 Uhr Christenlehre für die Mädchen.
 2 Uhr Beiper.
 7 1/2 Uhr Maiandacht mit Predigt.
Stadtkirche Durlach.
 6 Uhr Beichtgelegenheit.
 7 Uhr Frühmesse und Austeilung der hl. Kommunion.
 9 1/2 Uhr Predigt und Hochamt, darauf Christenlehre für die Diaspora.
 1 1/2 Uhr Christenlehre.
 2 Uhr Herz Jesu-Andacht.
 7 Uhr Maiandacht mit Predigt und Segen.
Bekanntmachung.
 Das Grundbuchamt bleibt wegen Reinigung der Diensträume am Montag, den 24. Mai d. J., geschlossen.
 Karlsruhe, den 19. Mai 1909.
Das Grundbuchamt.

Serbersche Verlagsbuchhandlung zu Freiburg im Breisgau.

Soeben sind erschienen und können durch die Unterzeichneten bezogen werden: Holzappel, P. Dr. H., O. F. M., Handbuch der Geschichte des Franziskanerordens.

gr. 8° (XXII u. 732) M 9.50; geb. in Halbfranz M 11.50.
 Das auf ausgedehnten Quellenstudien aufgebaute Werk bildet die erste Gesamtgeschichte des nunmehr 700jährigen Ordens des Heiligen von Assisi. Bei dem weittragenden Einfluss, den der Orden von Anfang an auf die äusseren und innern Verhältnisse der Kirche ausgeübt hat, bei der Fülle des verarbeiteten Stoffes wird das Werk gewiss in weiten Kreisen Interesse finden. — Eine lateinische Ausgabe erscheint in kurzem in demselben Verlage.

Meißner, W., S. J., Die Gaben des heiligen Pfingstfestes. Betrachtungen über den Heiligen Geist. Sechste, vermehrte Auflage. 8° (VI u. 500) M 4.40; geb. in Halbfranz M 6.—
 Faslich und ergreifend, einfach und wahr weis Meißner das verborgene Heilswert des Heiligen Geistes aufzudecken.

Der, P. E. v., O. S. B., Erzabt Placidus Wolter. Ein Lebensbild mit 10 Bildern. 8° (X u. 158) M 2.—; geb. in Leinwand M 2.80
 Erzabt Placidus Wolter war in so weiten Kreisen bekannt und beliebt, daß diese Schrift, die zugleich ein intim gehaltenes Bild katholischen Lebens der Gegenwart zeichnet, wohl ein freundliches Interesse erwarren darf.

Freiburg im Breisgau. Literarische Anstalt.
 Karlsruhe, Herrenstraße 34. Serbersche Buchhandlung.
 Tauberbischofsheim. F. A. Wot'sche Buchhandlung.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben Gatten, Vater, Großvater, Urgroßvater und Schwager,

Valentin Kary,

Landwirt,

im Alter von 80 Jahren, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, heute mittag 2 Uhr in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen
Stephanie Kary, geb. Steppe,
Anton Kary, Gemeindefreier,
Frau Veronika Braun, Altbürgermeister-Witwe,
 geb. Kary, nebst Enkeln und Urenkeln.
 Weiertheim, den 21. Mai 1909.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 1/4 Uhr in Weiertheim statt.
 Trauerhaus: Gebhardtstraße 68.

Dankfagung.

Für die den Verstorbenen ehrenden und uns rührenden Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgang unseres seligen Bruders und Onkels, des

Hochwürdigen Herrn Geistlichen Rats, Dompräbendar

Franz Sales Bentter,

sprechen wir, außerstande alle einzeln zu verdanken, auf diesem Wege unsern tiefgefühlten Dank aus.
 Freiburg i. Br., 19. Mai 1909.

Karl Bentter-Böttlin,
 Friedrich Bentter.

Einladung zu einem Wettbewerb.

Nr. B 3404. Die Errichtung eines Schnepfer-Denkmalts dahier betr.
 Die hier anfassigen Künstler (Bildhauer und Architekten) laden wir ein, sich an den Wettbewerb zur Gewinnung von Entwürfen für ein von der Stadt Karlsruhe zu errichtendes
Denkmal für den vormaligen Oberbürgermeister Karl Schnepfer

zu beteiligen.

Programm.

- Als Platz des Denkmals ist der an der Ecke der Kriegstraße und Weiertheimer Allee vor dem Rosenhofen Garten gelegene freie Platz bestimmt. Genaue Pläne dieses Platzes sind vom städtischen Tiefbauamt zu beziehen. Die Entwürfe haben den Aufstellungsort genau zu bezeichnen und sollen auch die Gestaltung des Platzes in der Umgebung des Denkmals umfassen.
- Die Kosten des Denkmals einschließlich des Unterbaues und der Aufstellung sollen den Betrag von 15 000 Mk. nicht übersteigen. In diesem Preise müssen alle Architekten- und Bildhauer-Arbeiten inbegriffen sein; lediglich grössere Arbeiten übernimmt die Stadt.
- Die Gestaltung des Entwurfs ist den Künstlern freigegeben. Selbstverständlich bildet die Darstellung der Persönlichkeit des Oberbürgermeisters Schnepfer den Hauptpunkt der Aufgabe.
- Der Entwurf ist durch ein Gipsmodell im Maßstab von 1/8 der natürlichen Größe des Denkmals darzustellen. Außerdem ist ein Grundriß mit einer Darstellung der vorgeschlagenen Anordnung der Umgebung des Denkmals vorzulegen (Maßstab 1:50).
- Ferner ist jeden Entwurf ein Kostenanschlag beizufügen, welcher über alle wesentlichen Kostenpostitionen und über die gewählten Materialien genauen Aufschluß gibt.
- Die Entwürfe sind spätestens bis zum 15. Oktober d. J. an das städtische Hochbauamt Karlsruhe einzuliefern. Jeder Entwurf ist mit einem Wahlspruch zu versehen.
- In einem veriegelten Briefumschlag mit demselben Wahlspruch hat der Künstler seinen Namen niederzulegen.
- Für die 3 besten Entwürfe sind Preise von 500 Mk., 300 Mk. und 200 Mk. ausgesetzt. Im Falle der Uebertragung der Ausführung an einen preisgekrönten Künstler wird jedoch der Betrag des Preises auf den Ausführungspreis aufgerechnet.
- Das Preisgericht ist berechtigt, die Preissumme in anderer Weise zu teilen, sofern es sich einstimmig dafür entscheidet. Es sollen aber keinesfalls mehr als 5 Preise bewilligt werden.
- Das Preisgericht bildet die vom Stadtrat bestellte Kommission für Kunstfragen, deren Zusammenfassung demnächst veröffentlicht werden wird.
- Das Preisgericht hat die Entwürfe zu beurteilen, welche es für geeignet zur Ausführung hält und sich darüber auszusprechen, ob die Verfasser dieser Entwürfe eine gute Ausführung gewährleisten.
- Der Spruch des Preisgerichts ist spätestens am 15. November d. J. bekannt zu machen. Nach Bekanntgabe des Spruchs werden die Entwürfe während 14 Tagen öffentlich ausgestellt. Die Entwürfe liegen zu diesem Zwecke dem Stadtrat 2 Monate lang zur Verfügung.
- Der Entwurf, welcher zur Ausführung bestimmt wird, ist Eigentum der Stadtgemeinde. Die übrigen Entwürfe bleiben Eigentum der Verfasser.
- Durch Einreichung eines Entwurfs verpflichtet sich der Verfasser, die Ausführung des Entwurfs zu der im Vorausschick festgesetzten Kostensumme zu übernehmen, falls ihm längstens bis 15. Januar 1910 der Auftrag rechtswirksam erteilt wird.

Karlsruhe, den 17. Mai 1909.

Der Stadtrat:
 Siegrist. Lacher.

Bekanntmachung.

Nr. A. 3759. Die neu errichtete (3.) Stelle eines Bürgermeisters der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe soll gemäß §§ 10 ff. der Städteordnung besetzt werden.

Bewerbungen sind unter Angabe der persönlichen Verhältnisse des Bewerbers und Bezeichnung seiner Gehalts- und sonstigen Ansprüche bis zum 1. Juni ds. J., schriftlich bei uns einzureichen.
 Karlsruhe, den 18. Mai 1909.

Der Stadtrat:
 Siegrist. Lacher.

Gute Existenz

kann sich energischer Arbeiter, Wirte, Kolonialwarenhandl., auch als Nebenverdienst, verschaffen durch Ankauf des Herstellungsrechtes für Baden eines glänzenden, begutachteten Artikels. Preis 150 Mark. Nötiges Kapital 100 Mark. Nur bemittelte, entschlossene Käufer wollen sich melden unter Nr. 442 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Strafenterrungen.

Die Terrung von etwa 30 000 qm Fahrplattfläche soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.

Angebote wollen unter Benützung der besonderen Vorbrücke verschlossen und mit entsprechender Aufschrift längstens Mittwoch, den 2. Juni ds. J., vormittags 10 Uhr bei uns eingereicht werden. Bedingungen und Angebotsvorbrücke werden auf Ansuchen kostenlos abgegeben.
 Karlsruhe, den 18. Mai 1909.

Städt. Tiefbauamt.

Marian. Männerfodakität St. Stefan.

Die Mitglieder sind gebeten, sich an der Sonntag, 4 1/2 Uhr, Gebhardtstraße 68, Weiertheim, stattfindenden Beerdigung unseres Mitgl. Valentin Kary zu beteiligen. Der Vorstand.
 Seelenmesse für den Verstorbenen: Sonntag früh 6 Uhr in St. Stefan.

Codes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unser lieber, treu- und sorgfältiger Gatte, Vater, Bruder und Onkel,
Martin Schellig,
 Straßenbahnschaffner,
 heute früh 1/8 Uhr nach kurzer, schwerer Krankheit, sein im Herrn entschlafen ist.
 Karlsruhe, den 21. Mai 1909.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Karolina Schellig,
 geb. Holzschub, nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 1/3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.
 Trauerhaus: Georg-Friedrichstraße 30, IV.

Katholischer Männerverein der Offstadt.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Mitgl. Herrn Martin Schellig, Straßenbahnschaffner, aus dieser Weltlichkeit abzurufen.
 Wir bitten die verehrlichen Mitglieder um das Gebet für die Seelenruhe des Verstorbenen, sowie um recht zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung.
 Die Beerdigung ist Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 1/3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus.
 Der Vorstand.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Die Vereinsangehörigen werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß unser Mitgl. Martin Schellig, Straßenbahnschaffner, gestorben ist. Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem Gebete unserer Mitglieder und bitten um zahlreiche Beteiligung beim Leichenbegängnis. Dasselbe findet am Sonntag nachmittag 1/3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.
 Der Vorstand.

Fahrräder

Zwecks Reklame zu ermäßigtem Preis
Scholz Fahrrad.
 Steinau a. O. 68.
 Schlichte 1.90 2.30 2.75 3.50
 Dicken 1.90 2.75 3.75 5.25
 Starke Gebirgsdecken 4.75 6.25